



GRÜNE

# bewegt

www.gruenebern.ch

ökologisch konsequent. sozial engagiert. global solidarisch



## Vernehmlassung zur Kulturstrategie

# Kultur im Kanton Bern

**Erziehungsdirektor Bernhard Pulver hat den Entwurf der neuen kantonalen Kulturstrategie in die Vernehmlassung geschickt. Er dient als Grundlage für eine breit angelegte Kulturdiskussion und eine spätere Revision des Kulturförderungsgesetzes. Drei Personen aus der Kulturszene nehmen Stellung.**

Das Hauptziel der Kulturstrategie, die Bernhard Pulver in Zusammenarbeit mit dem Amt für Kultur erarbeitet hat, besteht darin, eine kohärente und nachhaltige Kulturpolitik festzulegen. Die neue Grundlage verfolgt drei Ziele: Stärkung der Kulturvermittlung, Akzente durch Förderprogramme und neue Steuerung und Finanzierung der Institutionen.

### Christoph Reichenau, Kultursekretär Stadt Bern

Die kantonale Kulturstrategie bringt drei Neuerungen: Das Bekenntnis zur Stärkung der Kultur in der Bildung. Die Absicht, Schwerpunktprogramme in der Projektförderung zu lancieren. Schliesslich die Idee, bei den grossen Institutionen die Finanzträgerschaft zu entflechten. Was fehlt? Der Wille, die Filmförderung vom Kanton ganz zu übernehmen und aus dem Lotteriefonds zu finanzieren. Eine klare Aufgabenzuweisung an Gemeinden, Kanton und die Regionen. Hier besteht Klärungsbedarf. Und schliesslich die Bereitschaft, mehr Geld für die Kultur einzusetzen in einem Kanton, der so viele kreative Kräfte kennt. Der status quo ist nicht genug. Ich setze auf Bernhard Pulver.

### Beat Wyrsh, Direktor Theater Biel Solothurn

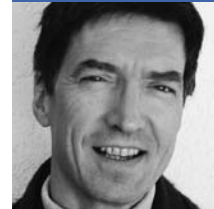
Begrüssenswert: Die Politik sendet ein klares Signal für die Kultur. Bemerkenswert: «Kultur kann nicht immer der Logik des Marktes folgen». Allerdings beisst sich diese Aussage mit den neuen Evaluations-

methoden, die Leistungen der Kulturträger mit Zahlen und Publikumsakzeptanz messen will. Steuerung, Festlegung von Verantwortlichkeiten und Kompetenzen müssen einer einfachen und transparenten Administration dienen. Die Kompetenzdelegation an die Regionalkonferenz bringt «Nähe» zur regionalen Kultur, entscheidend aber ist, wie sich die Regionsgemeinden mit den Kulturinstitutionen der Zentren identifizieren. Da muss von beiden Seiten noch viel getan werden. Die Verlagerung kommt deshalb zu früh.

### Hans Rudolf Reust, Präsident der Eidg. Kunstkommission

Wunderbar, wenn der Kanton über seine Strategien nachdenkt, Kultur zu fördern. Ein paar Bemerkungen: Ein klares Bewusstsein fehlt, wo Bern im schweizerischen Kontext heute und in Zukunft steht. Die Perspektive auf einen Kanton allein reicht nicht: Künste sind längst international. Ein Akzent auf die Vermittlung ist gut: Vermittelt kann aber nur werden, was auch produziert wird. Die Finanzierung mittels «Globalbeitrag» ist vorzuziehen. Höchst problematisch hingegen wird das Ranking: Die Kunsthalle Bern gehört seit Jahrzehnten zu den international sichtbaren Leuchttürmen der Berner Kunstszenen! Bern ist zwar kein point of sale, jedoch ein Produktions- und Bildungs-ort für die Künste.

## Du vent



Le plan directeur Parcs Eoliens du Jura bernois est en consultation. Plusieurs sites sont présentés dont deux nouveaux considérés

comme prêts pour la phase de planification de détail, à Tramelan et Moutier. Nous sommes heureux de voir que le canton de Berne, et notre région en tête, a pris une sage décision en décidant de ne plus autoriser les parcs éoliens sans une planification complète. Les sites sont désormais bien délimités et les plus sensibles du point de vue paysager semblent écartés. Nous suivons de près cet essor et le saluons. Toutefois nous devons dire et redire que les actions d'économie d'énergie et de rénovation de bâtiments restent des actions beaucoup plus efficaces et durables. En effet, en terme de gain d'énergie globale, l'éolien en Suisse n'est finalement qu'un peu de vent dans une grande tempête.

*Yves Leuzinger, Membre du Grand Conseil*

## Inhalt



**Seite 2**  
**Gutes Klima geschaffen**



**Seite 3**  
**Tagesschul-Initiative ist ein Erfolgsprojekt**



**Seite 5**  
**Mit Elan und Arbeitslust gestartet**



**Seite 7**  
**Bern erneuerbar**

## Verdienter Lohn für harte Arbeit



Am 24. Februar haben die Stimmberechtigten dem Volksvorschlag Steuersenkung mit Augenmass zugestimmt. Das ist ein schöner Erfolg für die Grünen. Das Ja

zum Volksvorschlag ist vorerst ein Ja zu mehr Steuergerechtigkeit, die ganz offensichtlich weit mehr als ein blosses Schlagwort ist. Zweitens ist es ein Votum für eine ausgewogene Steuer- und Finanzpolitik. Gezielte Investitionen in gute öffentliche Leistungen zählen hier ebenso dazu und tragen viel zur Standortattraktivität bei. Drittens zeigt das Abstimmungsresultat, dass mit kompromisslosen Vorlagen im Kanton Bern kein Staat zu machen ist. Der Regierungsrat und die RGM-rotgrünen Parteien haben mit dem ausgewogenen Volksvorschlag den Ton weit besser getroffen als SVP und FDP mit ihrer kompromisslosen Variante. Vor allem zeigt der Volksvorschlag, dass sich engagierte Politik lohnt. Die Grünen haben viel zum Gelingen des Volksvorschlages diesem Projekt beigetragen. Das Ja am 24. Februar ist der verdiente Lohn für diese Arbeit und wirkt hoffentlich als Ansporn für weitere solche Projekte.

*Blaise Kropf, Co-Präsident*

## Abfall-Vorstösse

Grüne Grossrätinnen haben zu Beginn der April-Session mehrere Vorstösse zum Thema Abfall eingereicht. Allen vier Vorstössen ist gemeinsam, dass sie Abfall als wertvolle Ressource betrachten, die es zu bewirtschaften gilt.

- Die Ökobilanz von Einwegplastiksäcken soll verbessert werden. Die EU macht es vor und verbietet Säcke aus Polyethylen. Denkbar ist ein Ersatz durch biologisch abbaubare Materialien oder ein vorgeschriebener Verkaufspreis in den Läden.
- Per Standesinitiative soll die Einführung eines Pfandes auf allen kleinen Getränkeflaschen aus PET und Glas sowie auf Getränkedosen verlangt werden. Dies wäre eine wirksame Strategie zur Eindämmung des Littering.
- Die regionale Zusammenarbeit bei Entsorgung und Wiederverwertung von Abfällen soll gefördert und die Gemeinden beim Aufbau von gemeinsamen Anlagen unterstützt werden.
- Per Interpellation wird gefragt, welche Strategie der Kanton Bern gehe, um biogene Abfälle vermehrt energetisch zu nutzen.

## Eine Bilanz zwei Jahre nach dem grünen Wendejahr 2006

# Gutes Klima geschaffen

Zwei Jahre nach dem grünen Wendejahr 2006 ist es Zeit für eine Zwischenbilanz. Diese fällt gut aus. Die rotgrüne Regierung leistet kompetente Arbeit und die grüne Fraktion und die Kantonalpartei haben an Durchsetzungsfähigkeit gewonnen.

Am 9. April 2006 wurden mit Bernhard Pulver, Barbara Egger, Philippe Perrenoud und Andreas Rickenbacher vier rotgrüne Regierungsmitglieder gewählt – und erstmals seit 1986 ein grüner Regierungsrat. Im Parlament konnten die Grünen ihre Vertretung von 15 auf 19 Mandate ausbauen. Wenige Wochen nach den erfolgreichen Wahlen schlossen sich die GFL und das GB zur Föderation Grüne Kanton Bern zusammen. Wie präsentiert sich die Bilanz?

### Nicht alles anders – vieles besser

Ein gutes Klima schaffen – unter diesem Titel ist Bernhard Pulver zu den Regierungsratswahlen angetreten. Heute dürfen wir feststellen, dass dieses Versprechen nicht leerer Wahlslogan geblieben ist. Der Regierungsrat macht in der neuen Zusammensetzung nicht alles anders, aber vieles besser. Bemerkenswert ist der Wandel der Grundstimmung. 2006 präsentierte sich Bern als Kanton, der mental noch tief im Schuldensumpf der 1990er Jahre steckte und kaum Dynamik zu entfachen vermochte. Seit dem Amtsantritt der neuen Regierung hat diese lethargische Grundhaltung einer wohlthuenden Aufbruchstimmung Platz gemacht. Erfreulich ist, dass es Bernhard Pulver auch in seiner konkreten Arbeit als Erziehungsdirektor gelingt, im Bildungswesen ein gutes Klima zu schaffen.

### Nachhaltige Entwicklung als neue Grundmaxime

Unverkennbare Spuren hat die Regierung mit der Festlegung der nachhaltigen Entwicklung als

Grundmaxime ihres Handelns gelegt. Damit ermöglicht der Regierungsrat, dass die Bedürfnisse der heutigen Generationen erfüllt werden können, ohne die ökologischen, sozialen und gesellschaftlichen Ansprüche künftiger Generationen zu gefährden.

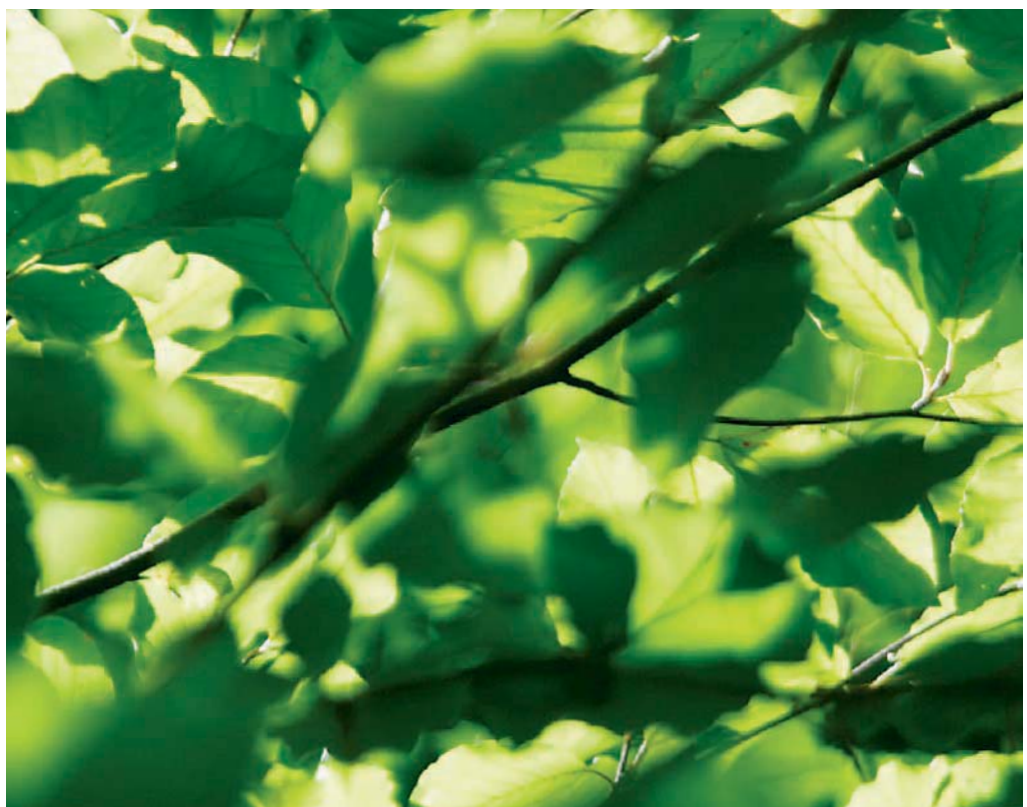
### Initiative und innovative Fraktion

Zu einer starken Kraft hat sich die grüne Fraktion im Grossen Rat entwickelt. Die Fraktion ist initiativ und innovativ, durchsetzungs- und mehrheitsfähig. Seit 2006 haben die Grünen die Leitlinien für die anstehende Revision des Energiegesetzes mitgeprägt und mit zahlreichen Einzelvorstössen – von Blockheizkraftwerken bis zu umweltgerechten Entschädigungen für Autodienstreisen – konkrete Umsetzungsvorschläge präsentiert.

### Grüne Projekte sind mehrheitsfähig

Auch als Partei sind die Grünen Kanton Bern durchsetzungsfähiger geworden und heute besser denn je in der Lage, Anliegen durchzusetzen. Der von den Grünen geprägte Volksvorschlag Steuersenkung mit Augenmass zeigt auf, dass ausgewogene grüne Vorlagen auch in umstrittenen Politikbereichen mehrheitsfähig sind. Diese Erkenntnis ist für die künftige Kantonspolitik von grosser Bedeutung – und für uns Grüne sehr motivierend.

*Christine Häsler, Fraktionspräsidentin*  
*Blaise Kropf, Co-Präsident*



## Modernisiertes Volksschulgesetz nach Teilrevision

# Tagesschul-Initiative: ein Erfolg

Ab nächsten August werden im ganzen Kanton Bern Tagesschulen eingeführt. So hat es der Grosse Rat im Januar einstimmig (!) beschlossen. Nach kurzer Zeit wird die von den Grünen mitgetragene kantonale Initiative umgesetzt.

In der Rekordzeit von knapp zwei Jahren konnte in einer breiten Koalition von 25 Organisationen das Anliegen Tagesschulen im ganzen Kanton Bern durchgesetzt werden. Die grosse Unterstützung hat erstmals eine breite öffentliche Debatte über Tagesschulen im Kanton Bern ausgelöst und das politische Terrain vorbereitet. Der grüne Erziehungsdirektor Bernhard Pulver hat den Ball sehr gut aufgenommen und eine überzeugende Gesetzesvorlage vorbereitet, welche im Grossen Rat einhellig auf Zustimmung stiess. Damit übernimmt der Kanton Bern eine Pionierrolle und setzt sich an die Spitze der Tagesschul-Liga in der Schweiz. Unter diesen Bedingungen konnte das Komitee seine Initiative Ende Januar zurückziehen.

### Tagesschulangebot an jeder Volksschule

Ab nächsten August ist jede Gemeinde verpflichtet, für eine Betreuung zu sorgen, falls mindestens zehn Kinder eine Tagesschule besuchen wollen. Die Gemeinde muss regelmässig erheben, wie gross der Bedarf ist. Die Kosten werden durch den Kanton, die Gemeinden und durch Elternbeiträge gedeckt.

Es gilt nun, unser Augenmerk darauf zu richten, dass diese gesetzliche Grundlage in den nächsten Jahren auch in die Praxis umgesetzt wird!

### Weitere Neuerungen für die Schulen

Die Teilrevision betrifft zahlreiche weitere Artikel im Volksschulgesetz, folgende Themen sind besonders zu erwähnen: Ab August 2008 müssen in der Regel Blockzeiten eingehalten werden, d.h. der Unterricht dauert am Morgen mindestens vier Lektionen. In ländlichen Gebieten mit schwierigen topografischen Ver-



hältnissen werden Schülertransporte subventioniert. Von den Kantonsbeiträgen an private Volksschulen, welche nach neuen, weiterhin restriktiven Kriterien gewährt werden, können die Steiner Schulen profitieren. Mehr Möglichkeiten für Hochbegabte bringt der Beitritt zur interkantonalen Vereinbarung für Schulen mit spezifischen Angeboten. Verbindlich ist jetzt die geleitete Schule, was sich auf die Aufgaben und Kompetenzen von Schulleitung, LehrerInnenkonferenz und Schulkommission auswirkt.

Erfreulicherweise konnte das Anliegen der Motion Bregulla (Grüne) ebenfalls in die laufende Revision einfließen. Dank der kleinen Änderung im «Ausschlussartikel», Art.28, liegt jetzt die Hauptverantwortung für eine adäquate Betreuung und Beschäftigung der Jugendlichen während einem Ausschluss vom Unterricht nicht mehr allein bei den meist überforderten Eltern.

*Elisabeth Bregulla und Corinne Schärer, Grossrätinnen*

[www.tagesschulen.be](http://www.tagesschulen.be) oder [www.tagesschulen.ch](http://www.tagesschulen.ch)

## L'apprentissage en région périphérique, quel avenir?

Quel est le point commun entre un apprenti mécanicien habitant Bassecourt et travaillant à Moutier et une apprentie coiffeuse habitant Renan et travaillant à St-Imier ou encore un apprenti de commerce habitant Malleray. Tous, qu'ils soient en formation duale ou à plein temps, font matin et soir, une à cinq fois par semaine le trajet jusqu'à leur école. Souvent celui-ci dure une heure ou plus. Le département de l'instruction publique a mandaté un groupe de travail pour définir le cadre de la formation professionnelle dans le Jura bernois. Le mandat a pour but de

créer une structure au fonctionnement cohérent tout en étant adaptée à la région avec sa disparité de villages et de petites villes proches de quelques dizaines de minutes. Le tout dans une problématique interjurassienne en pleine effervescence. Les premières solutions proposées, cohérentes au niveau de leur efficacité en matière d'enseignement se sont vite heurtées à des problèmes de détail. Est-il légitime de demander à un jeune de Bassecourt d'aller deux fois par semaine à l'école à St-Imier en passant devant un établissement qui dispense une formation

similaire à Delémont, soit une heure et demie par trajet en plus, simplement parce que son maître d'apprentissage est à Moutier. Elles ont aussi suscité des réactions de la part des communes aujourd'hui dotées d'écoles professionnelles, mettant ainsi en évidence leurs divergences profondes. Chacune à sa manière essaie de défendre sa position, voire de grappiller quelques élèves au détriment de son voisin, dans un contexte où les grandes villes voisines que ce soit Bienne ou La Chaux de Fonds n'attendent qu'un faux pas pour récolter les fruits de la discorde.

Dans le domaine de la formation comme dans d'autres, il est aujourd'hui indispensable que le Jura bernois trouve des solutions cohérentes en termes d'efficacité. Il doit mettre en valeur ses propres atouts, trouver des accords avec Bienne romande ou le canton du Jura lorsque le côtoiement de structures trop proches et trop petites met leur existence en péril, alors qu'un regroupement les renforcerait. Il est temps de laisser les querelles de clocher au vestiaire et de travailler à des solutions interrégionales.

*François Roquier*

## Grüne Freie Liste Berner Oberland

# Grünes Wirken im Oberland

Um nach der Zusammenlegung von vier Wahlkreisen zu einem Wahlkreis im Oberland bei den Grossratswahlen im Jahr 2006 mitzumachen, wurde ein Jahr zuvor die Regionalgruppe Grüne Freie Liste Berner Oberland gegründet. Mit Erfolg: Unsere Grossrätin Christine Häsler wurde mit einem Glanzresultat wiedergewählt und ist dank Ihrem grossen Engagement seither grüne Fraktionspräsidentin im Grossen Rat.

Im flächenmässig grössten Wahlkreis ist es nicht einfach, grün denkende Leute zu finden und zur Mitarbeit zu motivieren. Zum Glück gibt es in Interlaken seit 1987 und in Spiez seit 1989 aktive Ortsgruppen. In beiden Orten sind grüne Leute im Gemeindeparlament vertreten. Im letzten Jahr durfte unsere Partei sogar den höchsten Spiezer stellen. Vereinzelt gibt es auch in anderen Gemeinden des Oberlandes grüne Gemeinderäte.

### Grüne Spiez

«Sind die Grünen in Spiez im Vormarsch?» fragte schon 1980 der Berner Oberländer, und das, bevor die Partei überhaupt existierte. Damals sollte die

grüne Spiezer Bucht überbaut werden und alle Parteien im Ort standen hinter dem Projekt. Die «Freien Spiezer», eine lokale Partei mit viel Grün, wehrte sich mit Erfolg dagegen. In der Volksabstimmung wurde das Überbauungsprojekt bachab geschickt und Spiez blieb damit die «schönste Bucht Europas» erhalten – so sagen es die Touristiker heute.

Aus dieser Bewegung ist die Grüne Freie Liste Spiez/Niedersimmental entstanden. In den letzten fast 30 Jahren brachten sie Vertreter in den Gemeinderat, in die Exekutive und in den Grossen Rat. Die grünen Gründer wurden älter und etwas müder, doch nun weht ein frischer Wind. Ein junges Duo hat Mitte April die Leitung übernommen: Philipp Zimmermann ist neu Präsident, Jonas Haldemann Vize. Zudem treten die Spiezer neu unter dem Namen Grüne Spiez auf. Der abtretenden Präsidentin Margrit von Niederhäusern danken wir herzlich für ihre vieljährige gute Arbeit auch in schwierigen Zeiten. Nun bereiten sich die Grünen Spiez voller Elan auf die Wahlen im Herbst vor.

### GFL Interlaken-Oberhasli

Die Freie Liste im Raum Interlaken wurde 1987 gegründet. Noch im gleichen Jahr beteiligte sich die Partei an den Parlamentswahlen und gewann zwei Sitze. Bald konnte dieser Anteil auf vier Sitze erhöht werden und eine ganze Reihe von Kommissionssitzen kamen hinzu. Leider büssten wir im Herbst 2007 zwei Sitze ein.

Die Partei beschränkt sich nicht nur auf Interlaken. In Bönigen gibt es eine kleine, aktive Ortsgruppe. 2002 haben wir den Amtsbezirk Oberhasli «einverleibt» und bereits zweimal durfte die Partei dem Interlakner Parlament vorstehen: 1997 mit Silvio Keller, 2006 mit Martin Eggenschwiler. Die neue Marktplatzgestaltung, der Bau eines Kunst- und Kulturhauses, die Wiedereinführung der Bring- und Holtage, der nicht mehr wegzudenkende Ortsbus – das alles geht auf Vorstösse der GFL zurück. Ein Höhepunkt war der Gewinn eines Grossratsstitzes durch Christine Häsler im Jahr 2002.

*Franziska Kurzen, Hans Gerber,  
Martin Eggenschwiler, Silvio Keller*



## Facts and figures

### Berner Oberland

73 Mitglieder  
Präsidentin: Franziska Kurzen  
Vizepräsident: Andreas Häsler  
Vorstand: Martin Eggenschwiler (Rechnungsführer), Pia Zumbrunn, Irene Born, Maja Beutler (Betreuung Homepage), Sandra Hänggi (Sekretärin)  
Kontakt: Franziska Kurzen, tom.diemtigen@ddplanet.ch  
Homepage: [www.gfl.ch/oberland](http://www.gfl.ch/oberland)  
Grossrätin: Christine Häsler

### Interlaken-Oberhasli

24 Mitglieder  
Präsidium: vakant  
Vorstand: Christine Häsler, Martin Eggenschwiler, Urs Hofer, Martin Finger  
Homepage: [www.gfl.ch/interlaken](http://www.gfl.ch/interlaken)

### Spiez

20 Mitglieder  
Präsident: Philipp Zimmermann  
Kontakt: zimaphilipp@bluemail.ch  
Homepage: [www.gfl.ch/spiez](http://www.gfl.ch/spiez)



Daten: Amt für Geoinformation des Kantons Bern

## Gründung der Grünen Wohlen

# Mit Elan und Arbeitslust gestartet

Die Gemeinde Wohlen ist um eine Partei reicher. Anfangs April haben sich die Grünen vom Dach der SPplus gelöst und eine eigene Ortspartei gegründet.

Grün gesinnte Wohlerinnen und Wohler waren bisher bei der SPplus angeschlossen. Nun haben sie sich verselbständigt, um künftig eigenständig und mit eigenem Profil in der Gemeinde politisch aktiv zu sein. Ihr Ziel für die Wahlen 2009 lautet, zusammen mit der SPplus die Mehrheit im Gemeinderat zu erlangen. Präsidentin der Partei ist Grossrätin Maria E. Iannino Gerber. Im Vorstand sitzen zudem Werner Flückiger, Thomas Gerber und Andreas Matter. Für den politischen Alltag haben sich die Grünen Wohlen die folgenden Themen vorgenommen:

### Einsatz für die Umwelt

Die Grünen Wohlen setzen sich für eine Reduktion des Gesamtenergieverbrauchs, einer Erhöhung der Energieeffizienz und einen höheren Anteil erneuerbaren Energien ein. Sie lehnen den Bau und den Betrieb von Atomkraftwerken ab. Eine verbesserte Qualität von Grundwasser und Oberflächengewässern ist ihnen ein Anliegen. Beeinträchtigungen des natürlichen Wasserhaushaltes durch übermässigen Wasserverbrauch, Bodenversiegelung und bauliche Massnahmen werden abgelehnt. Der Boden soll haushälterisch genutzt werden und die verdichtete Bauweise im Siedlungsgebiet wird Standard.

### Eine sozialverträgliche Wirtschaft

Die Grünen Wohlen wollen eine biologische und gentechnikfreie Landwirtschaft, sowie artgerechte Tierhaltung fördern. Ihr Einsatz gilt zudem einem haushälterischen Umgang mit den finanziellen Mitteln. Die Steuereinnahmen sollen einen guten Service Public gewährleisten können. Die Grünen Wohlen unterstützen ökologische und sozialverträgliche Projekte und Produkte.

### Hohe Wohnqualität dank weniger Lärm

Die Beibehaltung der hohen Wohnqualität ist den Grünen Wohlen ein grosses Anliegen. Erholungsräume und das Wohnumfeld sollen aufgewertet und die negativen Einwirkungen des Verkehrs (insbesondere die Lärmbelastung) reduziert werden. Die Grünen Wohlen setzen sich für umweltfreundliche Verkehrsmittel ein (zu Fuss gehen, Velo fahren, öffentlicher Verkehr, Car-Sharing). Der motorisierte Verkehr soll sicher und langsam abgewickelt und das Angebot des öffentlichen Verkehrs verbessert werden.

### Integration in der Gemeinde

Die Gemeinde soll Rahmenbedingungen schaffen für die soziale, politische und wirtschaftliche Integration aller in der Gemeinde lebender Menschen. Ein spezielles Augenmerk richtet die Partei auf die Integration von Jugendlichen vor und nach Abschluss der obligatorischen Schulpflicht.

*Maria Iannino, Präsidentin Grüne Wohlen*



## LokalSpots

### ■ Claudia Omar †



Nach langer Krankheit ist Claudia Omar von uns gegangen, in für sie typischer Manier: ohne grosses Tamtam, ohne breit inszenierte Verabschiedung, im engen Familien-

und Freundeskreis. Claudia ist sich auch in diesem Moment treu geblieben.

Nach der Auflösung des LdU war Claudia Omar 1999 in die GFL übergetreten. Sie war und blieb ein unabhängiger Geist. Ob als Parteimitglied oder als Stadt-, Gross- und Gemeinderätin – Claudia Omar bewahrte stets ihre Unabhängigkeit von der Classe politique und liess sich nicht vom Partei- und Politikuchen vereinnahmen. Auch sachpolitisch liess sich Claudia Omar nicht auf ein Thema reduzieren. Für sie waren nicht Strömungen wichtig, sondern die Sache. Wenn ihr etwas wichtig war, setzte sie sich mit viel Herzblut, Fachkenntnis und Hartnäckigkeit dafür ein: 1998 verfasste sie für die Stadt Bern ein Integrationsleitbild – lange bevor das Thema breit diskutiert wurde. Sie verhinderte die Privatisierung des Schulzahnmedizinischen Dienstes, setzte sich für die Integration der

Hallenbad- und Sportbetriebe in die Stadtverwaltung ein und baute den Service Public im Sportbereich effizient und effektiv aus. Sie engagierte sich gegen den Schanzentunnel (mit Erfolg) und gegen den Neufeldtunnel (leider ohne Erfolg).

Claudia Omar war eine klassische Vertreterin der Werte grün-sozial-liberal. Sie war stets sach- und nie machtgesteuert. Mit ihr verliert die Berner Politik eine der letzten Vertreterinnen dieser Politspezies.

### ■ Neu im Vorstand

Sulamith Reimann vertritt neu die jungen grünen im Vorstand der Grünen Kanton Bern. Die 25jährige Studentin aus Langnau ist Co-Präsidentin der jungen grünen und engagiert sich auch bei den Grünen Emmental. Neu im Vorstand ist auch Kathy Hännny, Biobäuerin und Grossrätin aus Kirchlindach. Sie ersetzt Herbert Karch, der zurückgetreten ist. Vielen Dank, Herbert, für deinen Einsatz und deine Ideen!

### ■ GuD Utzenstorf vom Tisch

Die BKW kann ihr Gas- und Dampfkraftwerk in Utzenstorf frühestens im Jahr 2016 realisieren, ohne Papierfabrik als Partner. Diese evaluiert einen neuen Biomassekessel für die Dampf- und Stromproduktion: Das war immer die Forderung der Grünen!

## Städtische Abstimmung vom 1. Juni 2008: Bahnofsreglement

# Grünes Ja, Grünes Nein

Wenn es um die Ordnung im Bahnhof geht, gibt es verschiedene Ansichten. GB und GFL präsentieren auf dieser Seite Ihre Argumente für und gegen die neue Bahnofsordnung, über die am 1. Juni abgestimmt wird.

### Grünes Bündnis



**1. Mit dem Bahnofsreglement wird das bestehende Bettelverbot auf den städtischen Teil des Bahnofs ausgedehnt. Weshalb führte dies zu einer so grossen Kontroverse in der Stadt?**

Mit dem Bahnofsreglement wird in Bern erstmals im öffentlichen Raum ein Bettelverbot eingeführt. Bahnöfe und ihre Plätze gehören zu den wichtigsten öffentlichen Räumen, wo Warten, Treffen, Begegnung, Verabschiedung, Umarmung, Freude und Trauer stattfinden. Manager gehen durch Bahnöfe, niemand streitet ihnen das Recht ab, ihre Aktenkoffer rollen zu lassen. PendlerInnen, TouristInnen, KonsumentInnen nutzen Bahnöfe – selbstverständlich stehen sie allen zur Verfügung, unabhängig vom Besitzstand. Mit dem neuen Bahnofsreglement werden nun Benachteiligte exemplarisch ausgeschlossen – der öffentliche Raum wird von «Unerwünschtem» gesäubert. Bahnofsplätze sind das Herz der Städte, sie widerspiegeln die lokale Politik. Ohne Widerstand besteht die Gefahr, dass die Ausgrenzungspolitik der Sauberkeit willen bald auf ganze Stadtteile ausgedehnt wird.

**2. Das GB lehnt das Reglement ab. Was sind eure wichtigsten Gründe?**

Die Hauptgründe für unsere Ablehnung sind das Bettelverbot, die in der Praxis oft willkürliche Bestrafung von «ungebühlichem Verhalten» mit Bussen bis 2000 Franken und die Überwachung des öffentlichen Raums durch das Privatunternehmen Securitrans.

**3. Die Sicherheit soll auch im städtischen Teil des Bahnofs der Securitrans übertragen werden. Wie steht das GB dazu?**

Securitrans ist zu 49% privat und profitorientiert. Somit werden die Grundrechte dem freien Markt ausgeliefert. Ein wichtiger Grundstein des demokratischen Staates ist die politische Kontrolle über die Einhaltung der Grundrechte. Das Gewaltmonopol muss bei der Polizei bleiben und unter politischer Aufsicht stehen.

**4. Die Ausweitung des Bettelverbots auf die ganze Stadt wurde im Stadtrat nur mit Stichentscheid des Präsidenten verworfen. In welchem Mass soll und darf die Nutzung des öffentlichen Raumes im Bahnhof und der übrigen Stadt beschränkt werden, wo liegen für das GB die Grenzen dieser Einschränkungen?**



Die Nutzung von öffentlichen Räumen ist gesetzlich geregelt. Weitergehenden Einschränkungen stehen wir kritisch gegenüber. Vor allem dürfen sie Menschen ohne Beschwerdemacht nicht willkürlich treffen und damit diskriminierend wirken. Im intensiv genutzten Bahnhof sind gewisse Einschränkungen hingegen sinnvoll. Denn er ist in erster Linie ein Durchgangsort – für alle.

*Hasim Sançar, Stadtrat GB*



**1. Mit dem Bahnofsreglement wird das bestehende Bettelverbot auf den städtischen Teil des Bahnofs ausgedehnt. Weshalb führte dies zu einer so grossen Kontroverse in der Stadt?**

Der Bahnhof ist unser aller Zugang zu einem wichtigen Teil des öffentlichen Verkehrs – und zugleich Teil des öffentlichen Raums. Alle wollen den öffentlichen Raum auf angenehme Art und Weise benutzen können. Im Bahnofsgebiet werden viele Personen auf engem Raum zusammengedrängt. Da prallen die unterschiedlichen Wahrnehmungen und Bedürfnisse mit besonderer Intensität aufeinander.

**2. Die GFL stimmt dem Reglement zu. Was sind eure wichtigsten Gründe?**

Die GFL geht davon aus, dass der öffentliche Raum allen gehören muss und für alle attraktiv sein muss. Und zwischen verschiedenen Gruppierungen gibt es Konflikte: Was eine ältere Frau als bedrohlich erlebt, ist für einen Alkoholabhängigen mehr oder weniger Alltag. Was dem Eishockeyfan als lustiger Zug durch den Bahnhof

vorkommt, ist dem eiligen Zugbenutzer lästig und für die Mutter mit den kleinen Kindern an der Hand beängstigend. Als Grüne wollen wir ganz besonders beim öffentlichen Verkehr, dass alle Bevölkerungsgruppen den Bahnhof möglichst spontan benutzen. Und deshalb braucht es Regeln, wie wir im engen Bahnofsraum aneinander vorbeikommen.

**3. Die Sicherheit soll auch im städtischen Teil des Bahnofs der Securitrans übertragen werden. Wie steht die GFL dazu?**

Zunächst: die Polizeigewalt ist auf dem ganzen Areal – inklusive Bahnteil – bei der kantonalen Polizei! Für die verstärkte Überwachung des intensiv genutzten Bahnofsareals wird die «Securitrans» beigezogen. Wir müssen im Bahnofsraum mit der SBB zusammen aktiv sein. Niemand – vielleicht mit Ausnahme einiger spezialisierter Planer und Politikerinnen – wird verstehen, weshalb für diese Hilfsaufgabe im städtischen Teil des Bahnofsareals andere Leute verantwortlich sein sollen als im SBB-Teil.

**4. Die Ausweitung des Bettelverbots auf die ganze Stadt wurde im Stadtrat nur mit Stichentscheid des Präsidenten verworfen. In welchem Mass soll und darf die Nutzung des Bahnofs und der übrigen Stadt beschränkt werden, wo liegen für die GFL die Grenzen entsprechender Einschränkungen?**

Ganz klar und deutlich sagt die GFL: Eingeschränkt werden darf ausschliesslich störendes oder bedrohliches Verhalten von Einzelpersonen oder Gruppen. Niemals darf jemand wegen seines oder ihres Aussehens eingeschränkt werden!

*Peter Künzler, Stadtrat GFL*

## Grüne bereiten kantonale Energieinitiative vor

# Bern erneuerbar

Die DV vom 22. April 2008 der Grünen beauftragt den Vorstand, bis Ende Jahr eine kantonale Verfassungsinitiative «Bern erneuerbar – Vollversorgung des Kantons mit erneuerbarer Energie» vorzubereiten und diese politisch breit abzustützen.

«Energiepolitik mit Zukunft» lautete das Haupttraktandum der gut besuchten DV. Bernhard Piller von der Schweizerischen Energiestiftung (SES) hielt in seinem Einführungreferat fest, dass die Ziele zur Reduktion

des CO<sub>2</sub>-Ausstosses verfehlt werden, wenn es nicht gelinge, eine Energiewende einzuleiten. Zwar gehe die Energiestrategie des Kantons in die richtige Richtung, doch sei deren Umsetzung blockiert. Die Aktienmehrheit der BKW ist in



Kantonsbesitz. Als Eigentümer müsse der Kanton deshalb Investitionen in CO<sub>2</sub> schleudernde Kohle kraftwerke verhindern und die Förderung von erneuerbaren Energien durchzusetzen.

### Ziele realisierbar

Lilo Lauterburg legte auf der Grundlage einer von Rudolf Rechsteiner im Auftrag der Grünen erstellten Studie dar, dass der Kanton Bern über alle notwendigen Voraussetzungen verfügt, um mittelfristig die vollständige Versorgung mit erneuerbarer Energie sicherzustellen. Mit dem technischen Potential von Sonne, Wind, Wasser und Geothermie lasse sich ein Vielfaches des gegenwärtigen Stromverbrauchs produzieren. «Bern erneuerbar» setzt im Gebäudesektor vor allem auf optimale Energieeffizienz, im Verkehrssektor auf den Ausbau des öffentlichen Verkehrs und auf (leichtere) Hybridfahrzeuge, sowie auf einen diversifizierten Strom-Mix aus erneuerbaren Energien. Christoph Grimm erläuterte, dass die Grüne Fraktion insgesamt 16 Vorstösse im Grossen Rat eingereicht habe, um die Blockade in der Energiepolitik zu überwinden. Bedenken wurden laut, weil die Initiative zu grünen Zielkonflikten zum Beispiel zwischen Landschaftsschutz und Windenergie führen kann. Zudem gelte es vorerst der Energieverschwendung Einhalt zu gebieten. Trotzdem wurde die Vorbereitung der Verfassungsinitiative einstimmig beschlossen.

Monika Hächler, Sabine Zaugg, Geschäftsleiterinnen

## Aktiv

### ■ Stopp-Offroader-Initiative: 24h-Sammeln

Es geht in den Endspurt! Die jungen grünen bern haben diesen mit einem 24h-Sammel-event begonnen und dabei 1500 Unterschriften gesammelt. Die Initiative steht bei 90'000 Unterschriften, helft uns die restlichen zu sammeln. Wir sind in der Stadt Bern jeden Donnerstag Abend und jeden Samstag auf der Strasse. Meldet euch für Mithilfe unter [jungegruene.bern@gmail.com](mailto:jungegruene.bern@gmail.com).

### ■ Sammelaktion

Am 21. Juni findet ein kantonaler Sammeltag für wichtige laufende Initiativen statt: Die Stopp-Offroader-Initiative der jungen grünen benötigt noch vollen Einsatz auf der Zielgerade. Unterstützung braucht auch die kantonale Initiative «zäme läbe, zäme stimme» sowie die Landschaftsinitiative. Grüne Unterschriftenbogen zum Runterladen gibt es bei uns auf der Homepage: [www.gruenebern.ch](http://www.gruenebern.ch)  
Infos zu den Initiativen:  
<http://www.menschenfreundlicher.ch/>  
<http://www.zaemeschtimme.ch>  
<http://www.landschafts-initiative.ch>

### ■ Barbara Gurtner zu Gast

An der Sitzung der AG Frauenpolitik vom 19. Mai ist Barbara Gurtner, ehemalige Nationalrätin des GB, zu Besuch. Sie referiert über den SeniorInnenrat der Stadt Bern und informiert, wie sie dort Frauenthemen und grüne Anliegen einbringen kann. Alle Interessierte sind herzlich willkommen.  
Ort: Grüne Schweiz, Waisenhausplatz 21, Bern  
Zeit: 19.00 Referat, ab 20.00 Uhr Sitzung  
Kontakt: Barbara Amsler, 031 331 54 97, [barbara.amsler@freesurf.ch](mailto:barbara.amsler@freesurf.ch)

### ■ Wahl-Workshop

Im Herbst stehen in vielen Gemeinden des Kantons Bern Wahlen an. An einem halbtägigen Wahl-Workshop möchten wir Unterstützung bieten für den lokalen Wahlkampf. Wir präsentieren Ideen zur Kampagnengestaltung und Instrumente für die Mitgliederwerbung. Ihr könnt gegenseitig Ideen und Tipps austauschen. Eingeladen sind PräsidentInnen der Orts- und Regionalparteien, Kandidierende sowie alle Personen, die sich in einem Wahlkampfteam beteiligen.  
Wann: 17. Mai, 09.15-12.30 Uhr, anschliessend gemeinsames Mittagessen möglich.  
Wo: Campus Muristalden Bern  
Anmeldungen an: [sekretariat@gruenebern.ch](mailto:sekretariat@gruenebern.ch)

## Termine

- 13.05.08: MV Grüne Zollikofen, Restaurant Kreuz, 19.30 h. Alec von Graffenried referiert als Gast: «Ein grüner Nationalrat in einem Baukonzern – ein Spagat?»
- 31.05.08: Journée de réflexion des verts du Jura bernois dès 10h. Toute personne intéressée peut s'annoncer pour cette journée par courriel à [verts-jb@bluewin.ch](mailto:verts-jb@bluewin.ch)
- 29.5.08 – 1.6.08: Regiotop – Öffentliches Forum. Lebenswerte Zukunft in Landregionen? Impulse für Entwicklung! Kupferschmiede, Langnau i. E. Informationen und Anmeldung: [www.regiotop.ch](http://www.regiotop.ch)
- 31.5.08: «Juwelen in und um Zollikofen» I: Begehung des geschützten Hochmoor Büsselflimos. Grüne Zollikofen, Start 15.00 Uhr vor der Gemeindeverwaltung. Mehr Infos: [www.gfl-zollikofen.ch](http://www.gfl-zollikofen.ch)
- 02.7.08: Artpicnic: Der Kunstweg vom Gurten ins Eichholz. Ein Anlass für die ganze Familie. Treffpunkt: 17.30 h Gurten, Pic-Nic mitnehmen
- 10.6.08: Hauptversammlung GFL Interlaken-Oberhasli



### Impressum

Redaktion: Sabine Zaugg, Monika Hächler  
Grafik: [www.muellertuetolf.ch](http://www.muellertuetolf.ch), [www.transform.ch](http://www.transform.ch)  
Layout: TransForm  
Druck: Schlaefli & Maurer AG, Interlaken  
Auflage: 6000  
Redaktionsschluss Nr. 8: 11. August 2008

Ueli Leuenberger – der neue Präsident im Interview

# Kreative junge Kräfte fördern

**Die Grünen sind gestärkt aus den nationalen Wahlen hervorgegangen. Welche Herausforderungen ergeben sich für uns aus der neuen Zusammensetzung von Parlament und Bundesrat?**

Ueli Leuenberger: Die Grünen müssen koordinierter arbeiten und vermehrt auf allen Ebenen ihre Forderungen in konkrete Projekte umwandeln. Wir müssen die anderen Parteien mit ihren Wahlversprechen zur Klimafrage konfrontieren. Nachhaltige Politik in allen Bereichen ist in Bundesbern immer noch eine Floskel. Wir brauchen eine gute Vernetzung unserer grünen Fachleute und ParlamentarierInnen. Die Grünen müssen als Partei



fähig werden, Initiativen und Referenden erfolgreich zu organisieren, um unserer Politik mit Hilfe der StimmbürgerInnen Nachdruck zu verschaffen. Der Verknüpfung der parlamentarischen und ausserparlamentarischen Arbeit kommt eine besondere Bedeutung zu. Parteiintern ist mir eine lebendige und gute Diskussionskultur wichtig.

**Auch bei den Grünen stehen Generationenwechsel an. Wie sind diese zu bewältigen?**

In einigen Kantonen besetzen die Jungen höchste Posten in Partei und Parlament. Ich bin glücklich, dass wir eine sehr kreative Organisation der jungen Grünen haben. Mit Aline Trede werden sie prominent im schweizerischen Präsidium vertreten sein. Ich will dazu beitragen, dass vermehrt Junge in die Führungsgremien eingebunden werden.

**Alle grünen Exekutivmitglieder in den Kantonen und mehrheitlich in den Gemeinden sind Männer. Ein gewisses Gender-Unbehagen kam auch bei deiner Wahl zum Ausdruck. Siehst du Handlungsbedarf?**

In allen Parlamenten haben wir fast immer eine Mehrheit von gewählten grünen Frauen. Damit mehr grüne Frauen in die kantonalen Exekutiven gewählt werden, braucht es konkrete Massnahmen, beispielsweise paritätische Listen, Amtszeitbeschränkung und Verbot der Ämterkumulierung auf allen Ebenen. Parteiintern brauchen wir ein Gremium, das sich nachhaltig mit der Genderfrage beschäftigt.

Ueli Leuenberger, Präsident Grüne Schweiz

## Taten statt Worte



Bei der Einreichung der Klimaschutzinitiative setzten Umweltorganisationen, Grüne und SP auf heimatische Folklore, um zu zeigen, dass der Klimawandel auch unser

Land bedroht. Wir haben dieses Volksbegehren am 29. Februar mit über 150'000 Unterschriften eingereicht. Wir brauchen eine langfristige Strategie, um unsere Heimat auch für künftige Generationen zu erhalten. Wir müssen aber auch handeln, weil die Industrienationen für die Klimaerwärmung verantwortlich sind. Die Folgen hingegen bekommen besonders die armen Länder dieser Erde zu spüren. So führten zum Beispiel die Überschwemmungen in Angola zu einer Ausbreitung der Cholera. Die Weltgesundheitsbehörde schätzt, dass die Klimaerwärmung für jährlich gegen 150'000 Todesfälle und fünf Millionen Krankheitsfälle weltweit verantwortlich ist. Über Wissen und Technologie verfügen wir, um rechtzeitig Vorkehrungen zu treffen. Damit können wir den Übergang zu einer klimaschonenden Wirtschaftsweise schaffen. Die Klimainitiative ist für die Schweiz die Basis dazu.

Franziska Teuscher, Nationalrätin

**GRÜNE bewegt**

AZB, 3000 Bern 1

Grüne Kanton Bern  
Morbijoustrasse 61  
Postfach 1066  
3000 Bern 23  
Adressänderungen  
bitte nicht melden

Ich möchte dem Komitee NEIN zur Einbürgerinitiative beitreten  
 Ich spende für ein Sammelinserat

E-mail

Sendet mir Infomaterial  
 Ich möchte Mitglied werden

Unterschrift

## Abstimmungsparolen 1. Juni

### ■ National

Die Delegierten haben zu allen drei Abstimmungsvorlagen die NEIN-Parole beschlossen. Sie widersprechen demokratischen und solidarischen Grundsätzen, wie sie die Grünen vertreten.

Mit der sogenannten «Initiative für demokratische Einbürgerungen» sollen die vom Bundesgericht als verfassungswidrig erklärten Einbürgerungsentscheide an der Urne wieder zugelassen und eine Beschwerdemöglichkeit ausgeschlossen werden. Willkürliche und diskriminierende Einbürgerungsentscheide werden damit wieder zunehmen.

Die Maulkorbinitiative («Volkssouveränität statt Behördenpropaganda») würde die Informationsmöglichkeiten der Behörden zu Abstimmungen auf unverhältnismässige Art und Weise einschränken.

Der Verfassungsartikel «Für Qualität und Wirtschaftlichkeit in der Krankenversicherung» ist eine Mogelpackung. Der wohlklingende Titel vernebelt, dass es um die Abschaffung der freien Arztwahl und um noch mehr Macht für die Krankenkassen geht.

### ■ Stadt Bern

Zum Reglement betreffend die Benützung des städtischen Teils des Bahnhofs Bern (Bahnhofreglement) sagt die Grüne Freie Liste JA und das Grüne Bündnis NEIN. (Vgl. S. 4)

Beide Stadtparteien sagen NEIN zur Initiative «Bärenparking» und JA zur Teilrevision des Reglements über die Gebührenerhebung durch die Stadtverwaltung Bern. Bei der Stichfrage empfehlen sie die Variante 2.